

57114 1

Der Finanzminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
H 1108 - 1/87 - II D 3

Düsseldorf, 10.09.1986

Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß

Betr.: Entwurf des Haushalts 1987;  
hier: Gesamtüberblick über den Einzelplan 12  
- Geschäftsbereich des Finanzministers -

Gesamtüberblick

A. 2

über den Einzelplan 12  
- Geschäftsbereich des Finanzministers -  
- Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1987 -

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
A. Gesamtüberblick	1 - 2
B. Kapitel 12 010 - Finanzministerium -	3 - 4
C. Kapitel 12 020 - Allgemeine Bewilligungen -	5
D. Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter	6 - 15
E. Kapitel 12 070 - Finanzbauverwaltung -	16 - 20
F. Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbil- dungseinrichtungen der Landes- finanzverwaltung -	21 - 23
G. Kapitel 12 100 - Rechenzentrum der Finanz- verwaltung -	24 - 29
H. Kapitel 12 610 - Verteidigungslastenverwaltung -	30
I. Kapitel 12 620 - Lastenausgleichsverwaltung -	30
J. Kapitel 12 630 - Heimatauskunftstellen -	30

**DER FINANZMINISTER**  
des Landes Nordrhein-Westfalen

- H 1108 - 1/87 - II D 3 -

(Bei Antwortschreiben bitte Aktenzeichen angeben)

Düsseldorf, 10. September 1986

Der Finanzminister NRW · Postfach 1103 · 4000 Düsseldorf 1

An den  
Präsidenten des Landtags  
- Haus des Landtags -

4000 Düsseldorf

Fernsprecher  
(02 11) 4 97 21 oder  
4 97 2.....  
(Durchwahl)

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

VORLAGE  
10/577-1

Betr.: Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß;  
hier: Entwurf des Haushalts 1987 - Einzelplan 12 -  
Geschäftsbereich des Finanzministers

Anlg.: - 100 -

Hiermit übersende ich 100 Ausfertigungen meiner Vorlage an den  
Haushalts- und Finanzausschuß vom 10. September 1986 - H 1108 -  
1/87 - II D 3 - mit der Bitte, diese Unterlagen an die Mitglieder  
des Ausschusses weiterzuleiten.



ARCHIV  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIH Exemplar



A.

## Gesamtüberblick

=====

Der Einzelplan 12 ist ein typischer Verwaltungshaushalt, dessen Ausgabevolumen, wie die nachfolgende Gliederung des Entwurfs nach Ausgabearten (in Mio DM) zeigt, in erster Linie durch die Personalausgaben bestimmt wird:

Personalausgaben	1.665,221	(84,20 %)
Sächliche Verwaltungsausgaben	203,240	(10,28 %)
Zuweisungen und Zuschüsse	36,259	( 1,83 %)
Ausgaben für Investitionen	48,975	( 2,48 %)
Besondere Finanzierungsausgaben	<u>24,000</u>	<u>( 1,21 %)</u>
Gesamtausgaben	1.977,695	(100,00 %)
	=====	=====

Der Entwurf 1987 weist gegenüber den Ansätzen des Haushalts 1986 insgesamt eine Erhöhung um 60,552 Mio DM aus; das bedeutet eine Steigerung um 3,16 %. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung bei den einzelnen Hauptgruppen (in Mio DM):

	1987	1986	+ / -	in v.H.
Personalausgaben	1.665,221	1.619,594	+ 45,627	+ 2,82
Sachausgaben	203,240	198,123	+ 5,117	+ 2,58
Zuweisungen und Zuschüsse	36,259	36,234	+ 0,025	+ 0,07
Ausgaben für Investitionen	48,975	45,192	+ 3,783	+ 8,37
Besondere Finan- zierungsausgaben	<u>24,000</u>	<u>18,000</u>	<u>+ 6,000</u>	<u>+ 33,33</u>
Gesamtausgaben	1.977,695	1.917,143	+ 60,552	+ 3,16
	=====	=====	=====	=====

Gesamtüberblick

Die Überlegungen zum Entwurf des Stellenplans sind im Gesamtüberblick über die Stellenanforderungen dargestellt; deshalb wird hier von einer detaillierten Erläuterung abgesehen und die Stellenentwicklung nur in einer Übersicht aufgezeigt.

	1987	1986	+ / -
Planmäßige Beamte	20.287	20.194	+ 93
Beamtete Hilfskräfte	1.248	1.245	+ 3
Angestellte	11.347	11.619	- 272
Arbeiter	868	914	- 46
	33.750	33.972	- 222
Anwärter (Einstellungs- ermächtigungen)	632	799	- 167
	=====		

Vorbemerkung zu den Sachausgaben

Die eingetretenen Preissenkungen bei den fossilen Brennstoffen (Heizung, Kraftstoff) wurden berücksichtigt, dürften sich aber mit den zu erwartenden Preissteigerungen bei Strom, Wasser, Grundbesitzabgaben und Dienstleistungen in etwa aufheben, so daß die Ansätze für die Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen sowie für die Haltung von Kraftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr insgesamt ungefähr unverändert geblieben sind, sofern sich keine Besonderheiten (z.B. Zugang von Dienstunterkünften) ergeben haben.

Im folgenden werden die wichtigen Einnahme- und Ausgabetitel dargestellt, soweit das über die Erläuterungen im Haushaltsplan-Entwurf hinaus erforderlich ist.

B.

Kapitel 12 010

=====

Finanzministerium

=====

Einnahmen

Keine Besonderheiten.

Ausgaben

Titel 427 10 - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige

---

Das Steuerberatungsgesetz schreibt für die Durchführung der Steuerberaterprüfungen die Bildung von Zulassungsausschüssen sowie von Prüfungs- und Seminaarausschüssen vor. Für ihre Tätigkeit erhalten die Mitglieder dieser Ausschüsse eine Vergütung und den Ersatz von Auslagen. Die Gesamtentschädigung darf die bei den Titeln 111 20 und 111 30 veranschlagten Gebühren nicht übersteigen.

1987 ist mit einer erhöhten Zahl von Prüfungsteilnehmern zu rechnen. Der Ansatz wurde entsprechend auf 476.500 DM erhöht.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenfernübertragungsanlagen

---

Bisher haben 17 Arbeitsplätze im Finanzministerium eine ADV-Ausstattung. Im Jahre 1987 sollen 12 weitere Arbeitsplätze eine ADV-Ausstattung erhalten. Neben der Nutzung der Haushaltsdatenbank durch die Haushaltsabteilung sind Anwendungen oder Verbesserungen bestehender Systeme im Bereich der Personal- und Stellenverwaltung, im Beschaffungswesen, bei der Beihilfearbeitung, der Landesschuldenverwaltung sowie bei der Bearbeitung von Automations-Dienstanweisungen für die Finanzämter und Finanzbauämter vorgesehen (Unterteil 1 bis 3).

Die Neuanschlüsse setzen voraus, daß auch die Zentraleinheit erweitert wird (Unterteil 4).

C.

Kapitel 12 020

=====

Allgemeine Bewilligungen

=====

Keine Besonderheiten.

D.

Kapitel 12 050

=====

- Oberfinanzdirektionen und Finanzämter -

=====

Einnahmen

Titel 119 10 - Vermischte Einnahmen -

---

Verspätungs- und Säumniszuschläge machen rd. 99 % des Ansatzes aus. Die Ansatzserhöhung um 9,73 Mio DM auf 158,90 Mio DM orientiert sich an der bisherigen Einnahmeentwicklung.

Der Anspruch auf Säumniszuschlag entsteht kraft Gesetzes gem. § 240 Abs. 1 der Abgabenordnung. Für jeden angefangenen Monat der Säumnis ist ein Zuschlag von 1 v.H. des Steuerbetrages zu entrichten. Die erfolgte Umstellung der Finanzkassen auf das Gesamterhebungsverfahren trägt zu einer rechtzeitigen und gleichmäßigen Erhebung der Zuschläge bei.

Ausgaben

Titel 512 10 - Bücher und Zeitschriften -

---

Die Ansatzerhöhung um 518.000 DM berücksichtigt neben Preissteigerungen die Entwicklung des Bedarfs aufgrund der Steuergesetzgebung und die Neugründung eines Finanzamts Aachen III. Außerdem ist der Bestand an gebundener Fachliteratur zu aktualisieren.

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren

---

Der Ansatz konnte um 1.551.000 DM auf 36.746.000 DM gesenkt werden. Die Veranschlagung erfolgte in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 1985. Die Kostensenkung beruht vor allem darauf, daß bei den privaten Telefongesprächen auch die Ortsgespräche erstattungspflichtig sind.

Titel 525 11 - Ausbildung der Bediensteten -

---

Der Ansatz betrifft in erster Linie Reisekosten für die Fahrten zum Blockunterricht während der Ausbildung an den Finanzämtern (U.T. 1) und die Kosten der Ausbildung der Regierungsräte z.A. (Reisekosten, Unterbringung, Seminarkosten, Vortragsvergütungen (U.T. 3 und 4); außerdem sind Vortrags- und Unterrichtsvergütungen für Landesbedienstete veranschlagt (U.T. 2).

Bei der Ansatzerhöhung um 347.000 DM auf 1.259.000 DM wurden die Zahl der 1987 in Ausbildung befindlichen Nachwuchskräfte sowie Kostensteigerungen berücksichtigt.

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung -

---

Die Steuerabteilungen und die Bau- und Vermögensabteilungen - Land - der Oberfinanzdirektionen sollen weiter mit ADV-Arbeitsplätzen ausgestattet werden (Hinweis auf Titel 812 40, U.T. 5). Der vorgesehene Ansatz von 90.000 DM dient der Zahlung von Software-Lizenzgebühren für die Bereitstellung der erforderlichen Software-Leistungen.

Titel 546 30 - Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen -

---

Durch Übernahme landeseigener Unterkünfte und durch Austauschmietungen konnten die Mietkosten (Titel 518 10) um 1.245.000 DM auf 13.280.000 DM gesenkt werden. Dem stehen im Jahr des Bezugs höhere Umzugskosten (+ 495.000 DM) gegenüber, so vor allem bei den Finanzämtern Aachen-Stadt, Aachen-Rothe Erde, Brühl, Köln-Außenstadt und Siegburg.

Hauptgruppe 7 - Baumaßnahmen -

---

Der Gesamtansatz der Hauptgruppe 7 bei Kapitel 12 050 beträgt 8.185.000 DM. Im einzelnen wird hierzu auf die folgenden Erläuterungen verwiesen:

Titel 742 00 - Finanzamt Aachen-Stadt - Herrichtung des  
ehemaligen Polizeipräsidiums - (6. Teilbetrag) -

---

Die Erhöhung der Gesamtkosten um 1,1 Mio DM betrifft den Teil der Herrichtungskosten, der erst nach der Entscheidung über die endgültige Nutzung geschätzt werden konnte. Das Gebäude soll außer Bediensteten der Finanzverwaltung auch Aachener Justizdienststellen aufnehmen.

Titel 746 00 - Finanzamt Bonn-Außenstadt - Herrichtung des ehemaligen Rhein-Sieg-Kreishauses - (1. Teilbetrag)

---

Die Gesamtkosten betragen 3.124.000 DM.

1985 hat das Land das ehemalige Verwaltungsgebäude des Kreises in Bonn erworben. Es soll zur Unterbringung des Finanzamtes Bonn-Außenstadt dienen und bedarf dazu der baulichen Sanierung und Umgestaltung. Nach Fertigstellung können jährliche Mietaufwendungen von rd. 0,8 Mio DM eingespart werden.

Für 1987 sind aus übergeordneten Gründen noch keine Mittel veranschlagt worden. Falls sich bei den übrigen Ansätzen der Hauptgruppe 7 Minderausgaben ergeben, sollen diese hier eingesetzt werden.

Titel 749 00 - Finanzamt Brühl (6. Teilbetrag) -

---

Die Senkung der Gesamtkosten von 20.582.000 DM auf 19.082.000 DM wurde durch weitere günstige Ausschreibungsergebnisse möglich. 1984 waren die Gesamtkosten noch mit 24,4 Mio DM veranschlagt.

Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs-  
gegenständen im Inland -

---

Der Ansatz in Höhe von 1.584.000 DM soll für folgende Investi-  
tionen verwandt werden:

- Erstausstattung von neuen Diensträumen 1.044.000 DM  
(vor allem Finanzamt Brühl 630.000 DM) und
- Erneuerung abgängiger Beleuchtungsanlagen entsprechend den  
Mindestforderungen der Sicherheitsregeln für Büro-Arbeitsplätze  
und für Bildschirm-Arbeitsplätze (540.000 DM).

Titel 812 40 - Erwerb von Datenerfassungs- und Übertragungs-  
einrichtungen -

---

Der Ansatz wurde gegenüber 1986 um 2,586 Mio DM auf 12,580 Mio DM  
erhöht. Diese Mittel sind zum Ersatz abgängiger Geräte sowie für  
den weiteren Ausbau des Datenverarbeitungssystems in der Finanz-  
verwaltung vorgesehen. Der Stellenabbau in der 9. Legislatur-  
periode und die Tatsache, daß immer mehr (Bundes-) Steuergesetze  
automatisierte Verfahren voraussetzen, zwingen dazu, die Automa-  
tion des Besteuerungsverfahrens fortzusetzen.

Im einzelnen:

Unterteil 1 - Bildschirme und Zubehör - (Anschaffungskosten  
1,140 Mio DM)

Bis Ende 1987 müssen wegen Überalterung (Materialermüdung) 400 in  
den Jahren 1978/79 beschaffte Bildschirme ausgesondert und durch  
neue Geräte ersetzt werden. Die durchzuführenden Reparaturen  
überschreiten hinsichtlich des Zeit- und Materialaufwands  
zunehmend das wirtschaftlich vertretbare Maß.

Unterteil 2 - Druckersysteme für den Auskunftsbereich - (Gesamt-  
betrag 0,94 Mio DM, 1. Teilbetrag 0,7 Mio DM)

Zur Zeit sind in den Finanzämtern 620 "Auskunfts-Drucker" installiert, auf denen Bildschirm-Inhalte bei Bedarf auch im Druck ausgegeben werden können (nicht identisch mit Zentral-Drucker<sup>n</sup>, s. dazu UT 7).

Hiervon müssen 200 Drucker, die 1981 beschafft wurden, im Jahre 1987 durch neue Geräte ersetzt werden, weil die Reparaturen an diesen Druckern das wirtschaftlich vertretbare Maß überschreiten.

Die Zahl der vorhandenen Drucker soll um 150 Stück ergänzt werden, um die Arbeitsabläufe zu beschleunigen.

Unterteil 3 - Geräte und Bauteile für den Datenübertragungs-  
betrieb - (Anschaffungskosten 0,55 Mio DM)

Die beantragten Mittel dienen dem Anschluß der in U.T. 1, 2 und 9 angeforderten Bildschirm-Terminals und Drucker sowie der Kommunikation mit dem Rechenzentrum der Finanzverwaltung.

Unterteil 4 - Installationsmaßnahmen in den Finanzämtern -  
(Gesamtkosten 0,6 Mio DM)

Durch den verstärkten Einsatz von Bildschirmen am Arbeitsplatz sowie durch die Bereitstellung von ADV-Leistungen am Arbeitsplatz (U.T. 8) sind in den Finanzämtern zusätzliche Datenleitungen zu verlegen. Je nach Ausstattung des Finanzamtes sind daneben elektrotechnische Anschlüsse nachzurüsten.

Unterteil 5 - Ausstattung der Oberfinanzdirektionen mit ADV-Arbeitsplätzen - (Gesamtkosten 0,981 Mio DM, 2. Teilbetrag 0,2 Mio DM)

Die im Haushaltsjahr 1986 begonnene Maßnahme zur Ausstattung der Oberfinanzdirektionen mit ADV-Arbeitsplätzen wird mit dem 2. Teilbetrag fortgesetzt.

Die Oberfinanzdirektionen verfügen über jeweils einen Kommunikationsrechner, der bisher im wesentlichen für Aufgaben der Finanzbauverwaltung eingesetzt worden ist. Zusätzlicher Automationsbedarf besteht insbesondere im Bereich der Personal- und Stellenverwaltung.

Unterteil 6 - Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen im Bereich des Kommunikationssystems in den Finanzämtern - (Gesamtkosten 6,87 Mio DM, Restbetrag 2,005 Mio DM)

Diese Maßnahme wurde 1986 eingeleitet und soll 1987 mit dem angeforderten Restbetrag zum Abschluß gebracht werden.

Unterteil 7 - Zentrale Drucker für den Ausdruck von Rechenergebnissen im Finanzamt - (Gesamtkosten 1,881 Mio DM; 1. Teilbetrag 0,6 Mio DM)

Während über die Auskunftsdrucker (UT 2) nur einzelne angeforderte Bildschirm-Inhalte ausgedruckt werden können, dienen die Zentraldrucker der vom RZF oder vom FA gesteuerten Ausgabe auch größerer Drucksachen-Mengen (z.B. Steuerbescheide und/oder deren Durchschriften). Die bisher in den Finanzämtern installierten zentralen Drucker müssen ersetzt werden, weil sie zum Teil bereits länger als 10 Jahre im Einsatz sind, so daß ihre Betriebssicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Außerdem lassen sie den rechtlich gebotenen Druck von Groß- und Kleinbuchstaben sowie von Umlauten (zutreffende Adressierung von Bescheiden usw.) nicht zu.

Unterteil 8 - Geräte und Anlagen für die Bereitstellung von ADV-Leistungen am Arbeitsplatz in den Finanzämtern - (Gesamtkosten 6,25 Mio DM, 2. Teilbetrag 0,445 Mio DM)

Der bisherige Stand der Automation in den Finanzämtern zwingt vielfach zur Unterbrechung der Arbeitsabläufe: Auf die manuelle Bearbeitung folgt der automatisierte Abschnitt; nach einer unterschiedlich großen Zahl von Tagen, an denen sich der Bearbeiter andere Fälle zu ebensolcher Teil-Bearbeitung vornimmt, werden die Ergebnisse des automatisierten Bearbeitungs-Abschnitts ausgeliefert, die nunmehr wiederum manuell weiterzubearbeiten sind.

Inzwischen erlaubt der Stand der Technik für einige Stellen der FÄ eine ununterbrochene Bearbeitung; zu vertretbaren Preisen werden Arbeitsplatz-Rechner angeboten, die über entsprechend große Kapazitäten verfügen. Der Einsatz solcher Rechner könnte mit dazu beitragen, einen Teil der Fallzahl-Steigerungen und der Steuerrechts-Komplizierung aufzufangen. Die in diesem Sinne besonders automationsgeeigneten Steuerarten bzw. Bearbeitungsabschnitte sollen in Pilotprojekten erprobt werden. Daran beteiligen sich alle Bundesländer. Für die nordrhein-westfälische Steuerverwaltung sind solche Pilotprojekte bei der Grunderwerbsteuer, der Erbschaft- und Schenkungsteuer und in der Betriebsprüfung vorgesehen.

Mit dem angeforderten 2. Teilbetrag soll die 1986 begonnene Maßnahme fortgesetzt werden.

Unterteil 9 - Datenerfassungssysteme (DES) für die Finanzämter -  
(Gesamtkosten 6,45 Mio DM; 2. Teilbetrag 2,5  
Mio DM)

Über Bildschirmterminals, welche an die Finanzamtsrechner  
angeschlossen sind, werden

- die Datenerfassung für das automatisierte Besteuerungsverfahren  
und
- die Abfrage von Speicherdaten im Dialog  
abgewickelt.

Es ist vorgesehen, zur Bereitstellung der notwendigen Kapazität  
zusätzliche Abfrageplätze zu schaffen.

Ein Anschluß dieser zusätzlichen Abfrageplätze an die vorhandenen  
Finanzamtsrechner würde bei diesen Rechnern Kapazitätsengpässe  
zur Folge haben. Deshalb soll die Datenerfassung aus den Finanz-  
amtsrechnern ausgegliedert und über selbständige Vorrechner  
- Datenerfassungssysteme (DES) - abgewickelt werden. Die dadurch  
freiwerdenden unmittelbar an die Finanzamtsrechner angeschlosse-  
nen Bildschirmterminals sollen dann für die unterschiedlichen  
Dialoganwendungen in den Finanzämtern bereitgestellt werden.

Mit der Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 1986 zu Lasten des U.T. 1  
im Haushalt 1986 - Bildschirme und Zubehör für Auskunftszwecke -  
begonnen, weil das oben dargestellte Verfahren den wirtschaft-  
lichsten Weg zur Bereitstellung der notwendigen Auskunftskapa-  
zität darstellt.

Unterteil 10 - Arbeitstische für die Datenerfassung - (Anschaf-  
fungskosten 0,58 Mio DM)

In den Finanzämtern sind z.Z. 1.126 Spezialtische nach den  
geltenden ergonomischen Regeln im Einsatz. Ca. 500 dieser Tische  
sind nach vieljährigem Einsatz stark beschädigt bzw. in hohem  
Maße reparaturbedürftig. Die Personalvertretung hat bereits  
mehrfach auf diesen Umstand aufmerksam gemacht.

Unterteil 11 - Magnetplattenspeicher für 45 Finanzämter -  
(Gesamtkosten 3,26 Mio DM)

1986 werden in 45 Finanzämtern Finanzamtsrechner vom Typ Honeywell-Bull 6/750 installiert. Diese Rechner müssen 1987 aus zwei Gründen mit einer neuen Plattenperipherie ausgestattet werden:

- a) Die bisher in den Finanzämtern installierte Plattenperipherie reicht für zukünftige Anwendungserweiterungen nicht mehr aus. In einigen Finanzämtern ist der Bedarf an Plattenkapazität so angestiegen, daß bereits heute ein ordnungsgemäßer Betrieb gefährdet ist.
  
- b) Die bisher installierten Magnetplatten sind ausnahmslos älterer Bauart. Hiermit verbunden ist eine große Wärmeabgabe, die bisher die Installation teurer Klimageräte (Kosten je Finanzamt ca. 60.000 DM) erforderlich machte. Die nunmehr zur Installation vorgesehenen Platten geben nur noch geringe Wärmemengen (ca. 1/8 der bisherigen Wärmemenge) ab. Es wurde deshalb bereits bei der Planung der neuen Rechnerräume auf die Installation von Klimageräten verzichtet. Die Einsparung beträgt dadurch insgesamt ca. 2,7 Mio DM.

E.

Kapitel 12 070

=====

Finanzbauverwaltung

=====

Vorbemerkung

Die Finanzbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ist zuständig für die Baumaßnahmen der Landesfinanzverwaltung (Einzelplan 12) und der Landesversorgungsverwaltung (Kapitel 07 33), für die zivilen und militärischen Baumaßnahmen des Bundes, der ausländischen Streitkräfte und der NATO, für die Neuerrichtung und Instandsetzung von öffentlichen Schutzräumen und Mehrzweckbauwerken für den Zivilschutz, für die bautechnische Mitwirkung bei Zuwendungen des Bundes für Baumaßnahmen nach § 44 BHO sowie für die Baumaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Außerdem führt sie auf Wunsch des Bundes Baumaßnahmen anderer Bundesinstitutionen durch.

Zu den vorbezeichneten Baumaßnahmen gehören auch die bautechnische Betreuung des Bedienstetenwohnungsbaues, die Erstellung von Gutachten und Wertermittlungen sowie Mietwertberechnungen für alle Dienstwohnungen des Landes Nordrhein-Westfalen und für die Mietwohnungen der Landesfinanzverwaltung. Die Bauaufgaben umfassen nicht nur den Bereich des Hochbaus, sondern auch den Ingenieurbau (z.B. unterirdische Anlagen, Straßen, Rollbahnen), die versorgungstechnischen Anlagen (Wärme-, Kälte-, Lüftungs- und Sanitärtechnik), die elektrotechnischen Anlagen (Starkstrom und Nachrichtentechnik) sowie die Landschafts- und Gartengestaltung.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist durch die mit dem Bund und der Bundesanstalt für Arbeit abgeschlossenen Verwaltungsabkommen verpflichtet, die von dort in Auftrag gegebenen Baumaßnahmen

(= 97 v.H. aller Baumaßnahmen der Finanzbauverwaltung) ordnungsgemäß und termingerecht auszuführen. Die Personalkosten und die entsprechenden Sachausgaben werden dem Land in voller Höhe erstattet.

Wegen der Arbeits- und Personallage wird auf die Vorlage 10/540 vom 2. September 1986 verwiesen. Die Steigerung des zugewiesenen Bauvolumens zwingt auch zu Mehrausgaben bei den Hauptgruppen 5 und 8.

#### Einnahmen

Titel 236 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit

---

Das z.Z. geltende "Verwaltungsabkommen über die Erledigung der Bauangelegenheiten der Bundesanstalt für Arbeit" ist vom Land Nordrhein-Westfalen zum 31.12.1986 gekündigt worden. Der Finanzminister steht in Verhandlungen mit der Bundesanstalt, die ein neues Abkommen zum Ziel haben.

Die Kostenerstattungen der Bundesanstalt sind auf der Grundlage der bisherigen Vereinbarungen und des voraussichtlich abzurechnenden Bauvolumens veranschlagt (siehe auch Titel 711 30).

Ausgaben

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für  
Verwaltungszwecke

---

Trotz des von den nachgeordneten Dienststellen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkten Bedarfs schlossen die Bewirtschaftungspläne 1986 jeweils mit einer Unterdeckung ab. Ein weiterer Aufschub unabweisbar notwendiger Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen ist daher nicht mehr zu vertreten. Der Ansatz soll deshalb auf 900.000 DM erhöht werden.

Titel 546 30 - Kosten für den Umzug und die Verlegung von  
Dienststellen -

---

Der Ansatz wird auf 85.000 DM erhöht.

Bei der Errichtung, Erweiterung, Verlegung und Auflösung von Außenstellen (Bauleitungen) fallen Umzugskosten in unterschiedlicher Höhe an. Für 1987 wird mit 15-20 solcher Umzüge gerechnet.

Ferner sind die Kosten für den Umzug des Finanzbauamts Paderborn in ein neues Dienstgebäude veranschlagt.

Titel 711 30 - Nebenkosten bei Bauvorhaben der Bundesanstalt für  
Arbeit -

---

Nach dem z.Z. geltenden Verwaltungsabkommen mit der Bundesanstalt für Arbeit sind die Nebenkosten (Einschaltung freier Architekten usw.) grundsätzlich mit der von der Bundesanstalt zu zahlenden Entschädigung (Titel 236 00) abgegolten.

Nach Inkrafttreten des neu zu vereinbarenden Verwaltungsabkommens sollen die Nebenkosten - im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister - wie die Nebenkosten sonstiger Dritter (Titel 981 00) behandelt werden. Die Entschädigung der Bundesanstalt wird in diesem Fall an den Bund abgeführt, der die Aufwendungen des Landes im Rahmen der Verwaltungskostenabrechnung (Titel 231 00) erstattet.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen -

---

Unterteil 1

Die im Jahre 1986 begonnene Ausstattung der Fach-Sachgebiete der Finanzbauämter mit Arbeitsplatzrechnern soll 1987 fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Unterteil 2

Mit der Aufrüstung der Systeme Nixdorf 8860 wird die Erschließung weiterer Anwendungsgebiete der ADV-Unterstützung für die Finanzbauverwaltung z.B. bei der Textverarbeitung und Ausschreibung, der Vergabe und Abrechnung von Baumaßnahmen sowie im Haushaltskassen- und Rechnungswesen (HKR) ermöglicht. Angefordert wird der letzte Teilbetrag.

Unterteil 3

Zur Fortsetzung der Erprobung von CAD-Systemen für den Einsatz in Finanzbauämtern sind weitere 600.000 DM vorgesehen (im einzelnen s.a. Vorlage 10/202 vom 10.12.1985).

Die Verpflichtungsermächtigung soll der ab 1988 vorgesehenen Ausstattung von Finanzbauämtern mit CAD-Systemen dienen.

Titel 981 00 - Zur Verrechnung der Baunebenkosten bei Bundesbauvorhaben mit dem Bund -

---

Das steigende Bauvolumen kann von der Finanzbauverwaltung wegen der schlechten Personallage (siehe Vorbemerkung) mit eigenem Personal allein nicht mehr bewältigt werden.

Soweit die einzelnen Bauprojekte dies zuließen, ist in den vergangenen Jahren zunehmend die Einschaltung freischaffender Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute praktiziert worden. Dementsprechend sind die Baunebenkosten laufend angestiegen. Für 1987 wird - wegen des weiter steigenden Bauvolumens von Bundesbauaufträgen - mit einer Erhöhung um 6 Mio DM auf 24 Mio DM gerechnet.

F.

Kapitel 12 090

=====

Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen

=====

der Finanzverwaltung

=====

Einnahmen

Titel 124 10 - Mieten und Pachten

---

Die Ansatzsteigerung entfällt im wesentlichen auf die beim Unterteil 3 veranschlagten Einnahmen aus Kostenbeiträgen der Finanz- und Steueranwärter für Unterkunft und Verpflegung (+ 519.000 DM).

Bis zum Jahr 1984 sind die Anwärter während der Zeit, in der sie den landeseigenen Bildungseinrichtungen zugewiesen waren, unentgeltlich untergebracht und verpflegt worden. Ab 1985 können sie Unterbringung und Verpflegung nur noch gegen Kostenbeteiligung in Anspruch nehmen; das monatliche Entgelt beträgt je nach Familienstand pauschal 180 DM bzw. 120 DM. Die Neuregelung gilt für alle Anwärter, die nach dem 31.12.1983 eingestellt worden sind. Sie erfaßt daher 1987 erstmals alle in der Ausbildung befindlichen Jahrgänge.

In welchem Umfang von dem Angebot Gebrauch gemacht wird, läßt sich nicht absehen. Nehmen nicht alle Anwärter das Angebot an, verringern sich entsprechend den Einnahmen auch die Ausgaben für Verpflegung (Titel 522 00) und Anmietungen (Titel 518 10).

Ausgaben

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für  
Verwaltungszwecke

---

Gegenüber 1986 ist der Ansatz um 84.000 DM angehoben worden. Höhere Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich zum einen aus der sich im Jahre 1987 voll auswirkenden erhöhten Zahl von Anwärtern in den Vorjahren und einer daraus folgenden erhöhten Belegung der Ausbildungseinrichtungen.

Zum anderen sind in allen Einrichtungen Ausstattungsgegenstände und Geräte wegen Überalterung zu ersetzen, um einen künftigen Anstieg der Ausgaben für Reparaturen zu vermeiden.

518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

---

Unterteil 2

Bei gleichbleibenden Einstellungsquoten können mit den vorhandenen Möglichkeiten jährlich 250 Steueranwärter, 420 Finanzanwärter sowie 95 Aufstiegsbeamte in den Ausbildungseinrichtungen der Finanzverwaltung untergebracht werden. Die Einstellungsquoten der Vorjahre übersteigen diese Kapazitäten erheblich.

Die Landesfinanzschule muß daher einen Teil (120 Steueranwärter) des Steuerassistentenlehrganges A 80 auslagern. Die hierfür im Dominikanerkloster St. Albert in Bornheim-Walberberg entstehenden Kosten sind mit 864.000 DM veranschlagt. Für die Anmietung von Privatquartieren in Haan sind weiter 50.000 DM vorgesehen.

Auch die Übernachtungsmöglichkeiten in der Fachhochschule für Finanzen reichen zur Unterbringung aller Finanzanwärter nicht aus. In angemieteten Privatquartieren müssen - aus den verschiedenen Studienabschnitten - insgesamt 749 Teilnehmer untergebracht werden.

Die voraussichtlichen Kosten betragen 674.000 DM.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenfernübertragungsanlagen

---

Unterteil 1

Die in der Fachhochschule für Finanzen und der Landesfinanzschule eingesetzten Rechenanlagen sind überaltert und wegen der hohen Wartungskosten nicht mehr wirtschaftlich. Sie sollen durch Systeme der gleichen Art ersetzt werden, die auch in den Finanzämtern neu installiert worden sind.

Die veranschlagten Gesamtkosten für den Ersatz der Zentraleinheiten betragen 440.000 DM.

Unterteil 2

Um die Praxisnähe der Ausbildung weiter zu verbessern, sollen beide Ausbildungseinrichtungen mit Auskunftsbildschirmgeräten ausgerüstet werden.

Die Gesamtkosten für 80 Geräte betragen 200.000 DM.

Hiervon werden für 1987 100.000 DM

benötigt. Für die restliche Beschaffung von 40 Auskunftsbildschirmen bleiben weitere 100.000 DM für 1988 vorbehalten. In gleicher Höhe ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

G.

Kapitel 12 100

=====

- Rechenzentrum der Finanzverwaltung des Landes NRW -

=====

Einnahmen

Keine Besonderheiten.

Ausgaben

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren -

---

Der Ansatz konnte vor allem deswegen von 21,118 Mio DM auf 17,272 Mio DM gesenkt werden, weil der Mehrversand von Kraftfahrzeugsteuerbescheiden aufgrund der Neufassung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und nach Abschluß der Umstellung auf das Gesamterhebungsverfahren der umstellungsbedingte Mehrversand in 1986 abgeschlossen worden sind. Eine weitere Portoersparnis ergibt sich, weil durch den Einsatz zweiseitig druckender Laserdrucker (s. Titel 812 50 U.T. 5) durch geringeren Papierbedarf in ca. 60 % der Fälle die Gewichtsgrenze von 20 g unterschritten werden kann.

Titel 515 40 - Maschinen und Geräte für die Datenverarbeitung -

---

Bei diesem Titel werden die Wartungskosten der im Rechenzentrum der Finanzverwaltung installierten Systeme und Geräte (U.T. 1) und die Wartung des Kommunikationssystems der Finanzverwaltung - Kapitel 12 050 - (U.T. 2) nachgewiesen.

Der Ansatz in Höhe von 13,8 Mio DM berücksichtigt die bereits bestehenden Wartungsverträge sowie die aufgrund der vorgesehenen Beschaffungen (vgl. Titel 812 50 und Kapitel 12 050 Titel 812 40) noch abzuschließenden Verträge. Außerdem sind hier die Kosten für vorzuhaltende Ersatzteile, Bauteile und Spezialwerkzeuge sowie die Kosten der Uminstallationen innerhalb des RZF erfaßt, die infolge der für 1987 vorgesehenen Gerätebeschaffungen notwendig werden.

Titel 518 21 - Leasing von Rechenanlagen -

---

Der Ansatz in Höhe von 1,6 Mio DM ist vorgesehen für das Leasing des 2. Teils der Siemens-Rechenanlage im Rahmen der Ersatzbeschaffung für auszusondernde Maschinen.

In Anbetracht der sich verkürzenden Innovationszyklen und bei günstigen Konditionen (Verwertung der Altanlagen durch den Leasinggeber und Gutschrift des Verwertungserlöses nach Abzug eines Selbstbehaltes) ist es - verglichen mit einer Verzinsung des Kaufpreises für die entsprechende Standzeit und anschließendem Verkauf der Altanlage zum Schrottpreis - wirtschaftlicher, die neu zu beschaffende Anlage zu leasen.

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung -

---

Es ist vorgesehen, den Ansatz um 1,12 Mio DM auf 4,9 Mio DM zu erhöhen. Bei der Ermittlung des Ansatzes war neben den Kosten für bereits laufende Überlassungsverträge der bestehende Bedarf an Programmneu- und -weiterentwicklungen zu berücksichtigen.

Im einzelnen:

- Kosten für Fremdprogrammierung (Unterteil 1):

Für den Ausbau und die notwendige Wartung systemnaher Komponenten der wichtigsten Anwendungssysteme ist eine Softwareunterstützung durch entsprechend fachkundige Programmierer der Hersteller der ADV-Anlagen notwendig, weil dem RZF solche Fachkräfte nicht zur Verfügung stehen.

Im Rahmen folgender Maßnahmen werden Systementwicklungs- und Unterstützungsarbeiten erforderlich:

- Weiterentwicklung der Kommunikationssysteme der Finanzverwaltung und der Bauverwaltung;
- Neukonzeption einer Datenbank für die Gesamtfestsetzung;
- Weiterentwicklung der Gesamterhebung;
- Datenverarbeitungssystem für die Beschaffung und Lagerhaltung;
- Direktverarbeitung der Veranlagungssteuern;
- Anwendungen für Arbeitsplatzrechner;
- Entwicklung des Programmsystems für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen;

- Entwicklung von Programmen für Organisationsuntersuchungen und die Personalbedarfsberechnung.
- Software - Lizenzgebühren, laufende Zahlungen (Unterteil 2) und einmalige Zahlungen (Unterteil 3):

Neben bereits bestehenden Überlassungsverträgen soll weitere notwendige Software für Bereiche beschafft werden, in denen dies wirtschaftlicher ist als eine Erstellung entsprechender Programme durch das RZF selbst. Daneben wurden Kosten für die Programmpflege berücksichtigt.

Titel 812 50 - Erweiterung der Datenverarbeitungsanlage -

---

Der vorgesehene Ansatz von insgesamt 10,213 Mio DM (1986 = 10,631 Mio DM) soll folgenden Beschaffungen dienen:

Unterteil 1 - Periphere Plattenspeicher für die im RZF installierte Doppelprozessoranlage DPS 88/82 der Honeywell Bull AG (Gesamtkosten 5,43 Mio DM; 2. Teilbetrag 3,43 Mio DM)

Für die auf der ADV-Anlage DPS 88/82 des RZF eingesetzten Arbeitsprogramme werden teilweise noch Magnetbänder als Datenspeicher benutzt. Dies führt zu Verzögerungen in der Aufgabenerledigung, weil die Programmdurchlaufzeiten wesentlich länger sind als bei Verwendung von Plattenspeichern; da für die meisten Anwendungen inzwischen entsprechend den Bedürfnissen der Finanzämter eine tägliche Bearbeitung eingeführt ist, müssen die Programmdurchlaufzeiten verkürzt werden, weil es anderenfalls immer wieder zu Verzögerungen, z.B. wegen auftretender Magnetbandfehler, kommt. Abhilfe kann hier nur durch vermehrten Einsatz

von Magnetplattenspeichern geschaffen werden, mit denen der Programmdurchlauf beschleunigt und das Fehlerrisiko vermindert werden. Außerdem ist der Übergang auf Magnetplattenspeicher Voraussetzung für die vorgesehene automatisierte Produktionsabwicklung im RZF, durch die Schichtarbeit reduziert werden kann und die Betriebssicherheit weiter erhöht wird.

Mit dem angeforderten 2. Teilbetrag wird die im Haushalt 1986 bewilligte Maßnahme fortgesetzt.

Unterteil 2 - Periphere Plattenspeicher für den Ausbau der Siemens-Anlagen - (Gesamtkosten 2,83 Mio DM; Restbetrag 1,164 Mio DM)

Mit dem angeforderten Restbetrag wird die 1986 begonnene Maßnahme abgeschlossen.

Unterteil 3 - Sonstige periphere Geräte für die Siemens-Anlagen - (Gesamtkosten 2,679 Mio DM; Restbetrag 2,079 Mio DM)

Die 1986 eingeleitete Maßnahme zur Ausstattung der Siemensanlagen mit Bandstationen für Sicherungszwecke, Datenübertragungsstationen für Kommunikationsanschlüsse, Arbeitsspeichererweiterungen zur Anpassung an die Anforderungen der für den Gesamtrechner eingesetzten Betriebssoftware sowie mit Systemdruckern und umgerüsteten Magnetbändern wird mit dem angeforderten Restbetrag abgeschlossen.

Unterteil 4 - Ein Programmentwicklungsterminalsystem (PET) für Programmentwicklung, Arbeitsvorbereitung und Technik - (Gesamtkosten 0,95 Mio DM)

Für die Ausstattung weiterer Programmierer (es ist vorgesehen, 1987 durch Verlagerung von Kapitel 12 050 eine Verstärkung um 22 Programmierer zu erreichen) sowie für die dringend erforderliche

Ausstattung der Bereiche Arbeitsvorbereitung, Technik und Lagerhaltung soll ein weiteres PET-System beschafft werden.

Unterteil 5 - Zwei Rückseiten - Großdrucksysteme - (Gesamtkosten 2,02 Mio DM; Restbetrag 1,085 Mio DM)

Mit dem Restbetrag soll die 1986 bewilligte Maßnahme abgeschlossen werden.

Unterteil 6 - Eine Kuvertieranlage - (Gesamtkosten 0,655 Mio DM; Restbetrag 0,205 Mio DM)

Mit dem angeforderten Restbetrag wird die 1986 bewilligte Maßnahme ausfinanziert.

Unterteil 7 - Drei Kuvertiertanlagen - (Gesamtkosten 0,9 Mio DM)

Es ist vorgesehen,

- eine Zweikanalkuvertieranlage zur Ergänzung der im U.T. 6 aufgeführten Anlage sowie
- zwei Einfachkuvertierer als Ersatz für auszusondernde Altanlagen, die z.T. bereits seit 1961 im Einsatz sind,

zu beschaffen.

Unterteile 8 u. 9 - Ersatzbeschaffungen (Kosten für beide Unterteile insgesamt 0,4 Mio DM)

Die Mittel sind bestimmt zur Durchführung der notwendigsten Ersatzbeschaffungen in den Bereichen:

- Druck-Vor- und Nachbereitung,
- Peripherie- und Hilfsgeräte,
- Stromversorgung,
- sonstige versorgungstechnische Einrichtungen sowie
- Anschlußsysteme für die Kommunikationsnetze.

H.

Kapitel 12 610

=====

- Verteidigungslastenverwaltung -

=====

Keine Besonderheiten.

I.

Kapitel 12 620

=====

- Lastenausgleichsverwaltung -

=====

Keine Besonderheiten.

J.

Kapitel 12 630

=====

- Heimatauskunftstellen -

=====

Keine Besonderheiten.